

10.	06/0072	Gewerbezufahrt Buisdorf (Antrag der CDU-Fraktion vom 03.02.2006)	FB 6/10 wV u. Bericht bis 31.7.06; WBF
-----	---------	---	---

Herr Wagner bat darum, dem anwesenden Ratsmitglied, Herrn Puffe, zur Erläuterung des Antrages das Wort zu erteilen. Hiermit waren alle einverstanden.

Anschließend erläuterte Herr Puffe ausführlich den Antrag. Er hob dabei hervor, dass es sei dringendes Anliegen der Bürger sei, diese Problematik nunmehr zeitnah zu lösen.

Herr Knülle berichtete über ein Gespräch mit Herrn Gleiß, das er zusammen mit Herrn Schopp geführt habe. Demnach seien die Verhandlungen mit den betreffenden Grundstückseigentümern bereits auf den Weg gebracht. Daher betrachte er den Antrag als erledigt, da die Verwaltung bereits entsprechend agiere.

Er interpretiere die im Antrag gewählte Formulierung im 2. Absatz dahingehend, dass auch Enteignungsmaßnahmen in Betracht zu ziehen seien. Dies halte er für die jetzt anstehenden Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern für nicht förderlich. Herr Knülle regte an, diesen Passus des Antrages zu streichen.

Der Bürgermeister erläuterte, dass er die Antragstellung vor der Hintergrund der Anfragenbeantwortung, Drucksachen-Nr. 06/0012, sehe. Aus dieser Beantwortung ergebe sich jedoch nicht, dass erst in einigen Monaten mit den Verhandlungen begonnen werden soll, sondern dass diese erst im Zusammenhang mit den anstehenden Deichbaumaßnahmen in einigen Monaten abgeschlossen werden können.

Ein Handeln der Verwaltung wurde von Herrn Wagner nicht in Abrede gestellt. Er betrachte den Antrag als Rückendeckung für die Verwaltung bei den Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern.

Herr Schopp plädierte dafür, die Grundstücksverhandlungen dergestalt vorzunehmen, dass nur die unbedingt notwendigen Flächen von der Stadt beansprucht werden. Erforderliche Ausgleichsflächen könnten auch an anderer Stelle hergerichtet werden. Der Bürgermeister sagte ein entsprechendes Vorgehen zu.

Ferner regte Herr Schopp an, mit dem ansässigen Gewerbebetrieb in Verhandlungen zu treten, den nächtlichen LKW-Verkehr zu reduzieren.

Herr Piéla bat um Mitteilung, ob die in der Vergangenheit diskutierte Variante, die Gewerbezufahrt durch die Unterführung herzustellen, vor dem Hintergrund der jetzt bestehenden Probleme nochmals geprüft werden könne. Der Bürgermeister sagte eine diesbezügliche Klärung zu.

Anschließend erläuterte Herr Bastian, dass unter Leitung des Technischen Beigeordneten eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden sei. Im Arbeitsprogramm sei u.a. auch vorgesehen, die Verhandlungen mit den

betreffenden Grundstückseigentümern zu führen. Es gebe vielversprechende Ansätze, eine zeitnahe Klärung herbeizuführen. Die Verhandlungen sollten jedoch ohne Zeitvorgabe angegangen werden. Eine Androhung von möglichen Enteignungsmaßnahmen halte er zu diesem Zeitpunkt für verfrüht.

Anschließend unterbrach der Bürgermeister auf Antrag von Frau Jung die Sitzung für 15 Minuten.

Frau Jung regte an, die Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern nicht unter Zeitdruck zu führen und bat darum, den 2. Absatz des Antrages zu modifizieren.

Der Bürgermeister unterbreitete den Vorschlag, die Verwaltung werde spätestens in 6 Monaten einen Sachstandsbericht vorlegen; daran anschließend könne die CDU-Fraktion ggf. den Antrag wieder aufleben lassen.

Herr Piéla sprach sich dafür aus, jeglichen Druck aus den Verhandlungen zu nehmen. Er bat ferner um Mitteilung, innerhalb welches Zeitkorridors ein Enteignungsverfahren überhaupt durchgeführt werden könne. Der Bürgermeister sagte eine diesbezügliche Information an die Fraktionen zu.

Anschließend änderte Herr Wagner für die CDU-Fraktion den Antrag dahingehend, dass der 2. Absatz gestrichen wird. Stattdessen solle in der Sitzung des Rates am 21.06.06 Sachstandsbericht über den Verlauf und Stand der Grundstücksverhandlungen vorgelegt werden, um dann die Situation politisch neu zu bewerten.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den geänderten Antrag abstimmen:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unmittelbar Kaufverhandlungen mit den Grundstückseigentümern zwecks Realisierung der Gewerbezufahrt Buisdorf aufzunehmen.

Weiter wird die Verwaltung beauftragt, zur Sitzung des Rates am 21.06.06 einen Sachstandsbericht über den Verlauf und Stand der Grundstücksverhandlungen vorzulegen, um dann die Situation politisch neu zu bewerten.“

einstimmig